

des Staatsrates, daß Wahrheit und Klarheit das Allerwichtigste sind, gilt in vollem Umfang auch in Bezug darauf, daß auf der XV. Tagung die Schuld am Nichtzustandekommen von realen Ergebnissen in der Abrüstungsfrage eindeutig fixiert wurde. Überhaupt gilt für den bisherigen Verlauf dieser Tagung, daß der Imperialismus mit seiner aggressiven Politik insgesamt – ob sie sich in Aggressionszügen, in der Vorbereitung einer Aggression gegen Kuba oder im Algerienkrieg äußert – auf der Anklagebank saß. Die moralische Verurteilung des Imperialismus ist einer der Wesenszüge dieser Tagung. Noch deutlicher ist auch vor den Augen der Völker sichtbar geworden, daß die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten das Banner des Friedens tragen, daß die Politik der friedlichen Koexistenz tiefst im gesellschaftlichen Wesen der sozialistischen Staaten wurzelt und nicht eine Frage der zeitweiligen Taktik ist, wie das die Vertreter des Imperialismus den Völkern weismachen wollen. Das „Journal de Genève“ resümiert: „Es ist ihm (Chruschtschow – R. A.) gelungen, die neutralen, besonders die afrikanischen und asiatischen Vertreter und sogar einige Lateinamerikaner von der Macht der UdSSR... und von seinem Wunsch nach Frieden und Koexistenz zu überzeugen.“

Von der XV. Vollversammlung muß und wird also eine weitere Entfaltung des Kampfes der Völker für Abrüstung ausgehen.

Durch das Auftreten des Genossen Chruschtschow und anderer führender sozialistischer Staatsmänner, dadurch, daß die Fragen der Abrüstung und der Unabhängigkeit aller Völker im Mittelpunkt der Diskussion standen, wurde die XV. Tagung zu einem Forum der Propagierung der fortschrittlichsten Ideen der Menschheit zu einem Forum der Propagierung des Marxismus-Leninismus.

Die Ideen des gesellschaftlichen Fortschritts wurden, für die ganze Welt hörbar, mitten im Zentrum der Weltreaktion propagiert, das 1945 angesichts der damals außerordentlich einflußreichen Stellung der USA in der Weltpolitik zum Sitz der UNO bestimmt worden war. Nicht zuletzt darin liegt die Ursache für die Wut der imperialistischen Reaktion, nicht zuletzt das ist es, was die Imperialisten mit Sorge erfüllt.

Diese Sorge ist uns freilich verständlich, denn wir wissen, daß es Ausdruck der historischen Gesetzmäßigkeiten ist, wenn die imperialistischen Vertreter den konstruktiven Friedensideen der sozialistischen Staaten nichts, weder überzeugende Ideen noch konstruktive Vorschläge, entgegensetzen konnten. Wenn die französische Zeitung „Liberation“ (24. 9. 1960) davon spricht, das politische Testament, das Eisenhower namens der USA auf der Tribüne der UNO vorgelesen habe, habe sich „hauptsächlich durch das Fehlen von Ideen“ auszeichnet, so trifft diese Feststellung eben nicht nur den amerikanischen Präsidenten Eisenhower, sondern die Lage, in der sich der Weltimperialismus befindet.

So spiegelt sich auf der XV. Tagung der UNO-Vollversammlung die geistige Situation der Gegenwart wider, von der Genosse Prof.

Hager hier an unserer Universität erklärte, sie sei „dadurch gekennzeichnet, daß die Ideen des Marxismus-Leninismus, des wissenschaftlichen Sozialismus heute einen beherrschenden Einfluß ausüben und das Handeln der fortschrittlichen und friedliebenden Menschen in entscheidendem Maße bestimmen.“ Es bestätigte sich erneut, daß der Marxismus lebendiger denn je ist.

Die imperialistischen Regierungen unternahmen auch auf der XV. Vollversammlung wieder verzweifelte Versuche, das Anwachsen des Einflusses der sozialistischen Staaten in der UNO mit satzungswidrigen Mitteln aufzuhalten. Gab es 1945 keinen sozialistischen Mitgliedstaat außer der Sowjetunion und zwei sowjetischen Unionsrepubliken, so sind heute bereits neun sozialistische Staaten in der UNO vertreten – ein unmittelbarer Ausdruck der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems. Durch die Haltung der USA und anderer imperialistischer Staaten werden bisher die insgesamt acht Staaten, die nicht der UNO angehören – darunter die Schweiz, die nicht Mitglied der UNO werden will und vier sozialistische Staaten, nämlich die Mongolische Volksrepublik, die Koreanische Volksdemokratische Republik, die Demokratische Republik Vietnam und die Deutsche Demokratische Republik – außerhalb der UNO gehalten.

Natürlich – das zeigt doch gerade der Verlauf der XV. Tagung – kann man den Einfluß des sozialistischen Weltsystems überhaupt nicht von dieser zahlenmäßigen Seite her erfassen. Doch der Ausschluß einer Reihe der aktivsten friedliebenden Staaten aus der UNO ist von Schaden für die Sache des Friedens, insbesondere für die Erzielung von Fortschritten in der Abrüstungsfrage. Ganz offenkundig ist das im Hinblick auf die Volksrepublik China, die rechtmäßiges Mitglied der UNO ist, sogar über einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat verfügt, aber durch die Praxis einer amerikanischen gelenkten Staatengruppe an der Wahrnehmung ihrer Rechte bisher gebindert wird. Ohne aktive Mitwirkung der Volksrepublik China können zweifellos keine entscheidenden Schritte zur Durchsetzung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung herbeigeführt werden. Gerade deshalb ist die Zulassung dieser sozialistischen Großmacht eine zentrale Frage im Kampf der Völker für die Abrüstung.

Die Entwicklung der Abstimmungsergebnisse über die Zulassung der Volksrepublik China veranschaulicht sehr deutlich die positiven Veränderungen des Kräfteverhältnisses innerhalb der UNO.

Der Anteil der Staaten, die sich für den jedes Jahr wiederholten amerikanischen Antrag aussprachen, die Debatte über diese Frage um ein weiteres Jahr zu verschieben, ist von Jahr zu Jahr geringer geworden. Es waren 1951: 37 von 52; 1955: 42 von 60; 1957: 47 von 61; 1959: 44 von 82 und 1960: 42 von 88, wobei jetzt die Mehrheit für den amerikanischen Antrag überhaupt nur noch dadurch möglich wurde, daß sich 22 Staaten der Stimme enthielten, offensichtlich, weil ein großer Teil der Vertreter dieser Staaten die Bedeutung der Zulassung der Volksrepublik China für die